Beschluss des Landrats vom 13.02.2025

Nr. 996

22. PH verbessern: Stärkere Zusammenarbeit der Pädagogischen Hochschule mit den Ausbildungsschulen zur Vorbereitung auf den Berufsalltag
2024/622; Protokoll: gs

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) erinnert daran, dass eine ganze Reihe an Vorstössen zur Pädagogischen Hochschule (PH) der FHNW anstehe. Regierungsrätin Monica Gschwind hat an der letzten Landratssitzung bereits in einem längeren Grundsatzvotum Stellung bezogen. Dieses hat natürlich auch heute noch Gültigkeit. Es soll darum nicht nochmals eine Grundsatzdebatte zur PH geführt werden – der Landrat soll sich heute mit den Forderungen der einzelnen Vorstösse befassen.
Im vorliegenden Fall lehnt der Regierungsrat das Postulat ab; es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Ernst Schürch (SP) geht zuerst auf das SP-Paket an Vorstössen unter dem Titel «PH verbessern» ein. Es ist wichtig festzuhalten, dass man zur PH wie auch zur ganzen Fachhochschule steht und sie gerne unterstützt. Trotzdem ist Handlungsbedarf zu erkennen. Das hat zu dem Paket an Vorstössen geführt. Und weil man zur PH steht, sind alle Vorstösse konstruktiv und recht offen formuliert. Die SP hält an diesen Vorstössen fest, obwohl PH-Direktor Guido McCombie am letzten Donnerstag in der Bildungskommission bereits viele Veränderungen angekündigt hat. Aber man weiss es ja: Versprechungen führen noch lange nicht zu einer Umsetzung von Veränderungen. Es ist wichtig, dass mit der Überweisung der Vorstösse signalisiert wird, dass diese Veränderungen wirklich angepackt werden müssen, damit die Qualität der PH verbessert wird. In diesem Sinne bittet der Redner alle Landrätinnen und Landräte um Unterstützung.
Der Redner kommt zum Traktandum 22. Natürlich ist er mit der vom Regierungsrat beantragten Ablehnung wie auch mit der Argumentation nicht einverstanden. Die Situation für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Früher, man kennt das Diktum, hatte der Lehrer immer Recht. Heute ist das zum Glück nicht mehr so. Als Folge davon dürfen junge Lehrpersonen aber praktisch keine Fehler mehr machen. Sie stehen von Anfang an unter dem Druck von überkritischen Eltern (nicht allen, aber doch einigen) und sich schwierig verhaltenden Schülerinnen und Schülern. Die strukturelle Autorität reicht heute bei weitem nicht mehr. Die jungen Lehrpersonen brauchen deshalb beim Einstieg in den Berufsalltag in vielen Situationen Unterstützung. Sie brauchen vor allem in schwierigen Alltagssituationen unmittelbare Unterstützung. Hier reicht das erwähnte Mentoratsystem nicht aus. Mentorinnen und Mentoren besprechen in der Regel einmal pro Woche mit den jungen Lehrpersonen, was im Alltag gerade wichtig ist – aber nicht dann, wenn es brennt. Unmittelbare Unterstützung zum Beispiel in einem Unterrichtsteam erfolgt sofort – und dann, wenn es brennt. In den verschiedenen Berufspraktika lernen die Studierenden viel. In diesen Praktika sind sie aber nie in der Verantwortung für die Führung einer Klasse, also im Berufsalltag. Praktika sind immer eine künstliche Situation. Der Praxislehrer oder die Praxislehrerin sind präsent. Das wissen auch die Schülerinnen und Schüler – und verhalten sich nicht gleich wie in einer Situation, in der die junge Lehrperson allein mit der Klasse im Schulzimmer steht. Die Unterstützung der jungen Lehrpersonen ist, wie vom Regierungsrat erwähnt, tatsächlich ein Mehraufwand für die Schulen. Nur müssen die Schulen diesen Aufwand so oder so leisten: Sonst werden aus den jungen Berufseinsteigenden (wenn man sie alleine lässt und das auch riskieren will) relativ schnell Aussteigende.
Der Landrat soll das Postulat bitte überweisen und dem Regierungsrat den Auftrag geben, im Sinne des Postulats zu prüfen und zu berichten, wie die letzte Phase der PH gestaltet werden soll,

damit die Studierenden bereits als Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer in der vollen Verantwortung sind und für die Klassenführung in der Schule angestellt werden können – und mit der Unterstützung der Schulen lernen, wie mit schwierigen Situationen umgegangen werden muss. Das kann man in der PH in der Theorie nicht lernen. Das muss in der Schule in der ersten Zeit der Berufstätigkeit, in der Praxis gelehrt und gelernt werden. Dafür müssen die Schulen und die PH stärker zusammenarbeiten. Damit diese Veränderung kommt, muss der Landrat das Postulat überweisen.

Roman Brunner (SP) will die Gelegenheit nutzen, um allgemein einige Dinge zur PH zu sagen (wie Regierungsrätin Monica Gschwind es letztmals auch gemacht hat) – in der Hoffnung, dass dies die Diskussion über das ganze Paket an Vorstössen etwas abkürzt. Er hatte diese Gelegenheit letztmals nicht. Darum soll dies an dieser Stelle getan werden. Die SP-Fraktion wie auch der Landrat und der Regierungsrat sowie die FHNW haben ein allerhöchstes Interesse an einer attraktiven, praxisnahen und zielgerichteten Ausbildung an der PH. Darin dürfte Einigkeit herrschen. Der Bedarf an gut ausgebildeten Lehrpersonen dürfte anerkannt sein. Man weiss, welche Rolle die Lehrpersonen im Bildungssystem spielen. Alle haben ein Interesse daran, dass sie möglichst gut ausgebildet werden – an der eigenen Fachhochschule, an der eigenen PH. Das ist der Punkt, auf den man mit den Vorstössen zielt. Es ist aber zweitens so, dass die PH nicht aus der Kritik kommt. Seit Jahren ist sie immer wieder ein Thema, sei es bei den Belegungen, sei es bei der Praxisnähe der Dozierenden. Ein Teil dieser Kritik ist sicher erklärbar und berechtigt; ein anderer Teil ist irrational. Alle wissen, wie die Medien funktionieren: Die öffentliche Meinung wird dort teils abgebildet, sie lässt sich aber nicht immer steuern. Der Redner weiss aus eigener Erfahrung, dass die Ausbildung an der PH grundsätzlich gut und zielgerichtet stattfindet. Es gibt aber Punkte, die verbesserungswürdig sind. Die SP ist überzeugt, dass Verbesserungen stattfinden können – dass es dazu aber auch etwas Druck seitens des Landrats braucht.
Der Landrat hat insbesondere über die IGPK FHNW die Oberaufsicht über die Fachhochschule, die auch wahrgenommen wird. Sie beschränkt sich aber auf die Berichterstattung, das Budget, das Globalbudget und den Leistungsauftrag, der alle vier Jahre verabschiedet wird. Man wird über diese Kommission immer wieder informiert und hat dort eine Einflussmöglichkeit. Regierungsrätin Monica Geschwind hat dies an der letzten Sitzung ausgeführt. Im Leistungsauftrag wird die PH explizit und als einzige der Hochschulen der FH erwähnt; sie erhält auch separate Vorgaben und Auflagen. Trotzdem ist es für die SP zu wenig, wenn man nur alle vier Jahre einwirken kann – und die Oberaufsichtsfunktion auf diese Weise wahrnehmen muss. Das ist genau der Ansatzpunkt der Vorstösse: Es soll jetzt versucht werden, über den Regierungsratsausschuss auch unterjährig bzw. in der laufenden Leistungsperiode auf die PH einzuwirken; indem konstruktive Vorschläge zur Verbesserung eingebracht werden. Der Landrat sei vor diesem Hintergrund gebeten, dem Postulat von Ernst Schürch zuzustimmen – wie auch den anderen Vorstössen. Das Ziel dürfte für alle gleich sein: Es soll eine Verbesserung an der PH erreicht werden – auch im öffentlichen Auftritt und in der öffentlichen Wahrnehmung. Damit man schlussendlich gut ausgebildete Lehrpersonen hat, die gerne an die PH an der FHNW gehen.

Peter Riebli (SVP) sagt, dass die FHNW immer wieder in Kritik stehe, vor allem die PH. Immer wieder wird reklamiert, dass der Praxisbezug bei der Lehrerausbildung zu wenig gross ist. Es sei daran erinnert, dass es fast genau zehn Jahre her ist, dass die SVP schweizweit zum Schulsystem ein Statement abgegeben hat – eine 32-seitige Erklärung, die den Titel «Lehrer-Lehre» hatte. Und genau in diese Richtung geht es. Die ganze Theorie bei der Lehrerausbildung ist wichtig, aber der Praxisbezug hat in den letzten Jahren leider noch mehr gelitten, als das schon vor zehn Jahren der Fall war. Man kann nicht schwimmen lernen, wenn man einen Erwachsenen einfach in ein Haifischbecken wirft und sagt: Schau mal, wie das geht – ohne dass er vorher die Möglichkeit hatte, dies 1:1 zu trainieren. Das fehlt in der heutigen Lehrerausbildung – nicht nur bei der hiesigen

PH, sondern schweizweit ist der Praxisbezug relativ gering. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion den Vorstoss von Ernst Schürch; weil sie der vollen Überzeugung ist, dass es gute Lehrer braucht – gute Lehrer bekommt und hält man aber nur dann, wenn man sie nicht ins Haifischbecken wirft, ohne dass man ihnen zuerst gezeigt hat, wie man schwimmt. Deshalb wird die Fraktion diesen Vorstoss einstimmig unterstützen.

Heinz Lerf (FDP) sagt vorweg, dass der FDP-Fraktion eine gut aufgestellte und gut funktionierende PH sehr am Herzen liege. Auch die FDP will gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Mit dem vorliegenden Postulat wird der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen und zu berichten, wie die Studierenden genügend gut auf den Berufsalltag vorbereitet werden können. Auch werden mehr Informationen erwartet, wie die Zusammenarbeit zwischen der PH und den Ausbildungsschulen besser ausgestaltet werden kann. Letztlich ist auch Auskunft darüber gewünscht, welche Aufgaben mit welchen Ressourcen an die Ausbildungsschulen zurückgeführt werden müssten. Der Regierungsrat begründet seine ablehnende Haltung zur Entgegennahme des Postulats sehr ausführlich. Er ist der Meinung, dass eine Rückverlagerung von Aufgaben an die Schulen, die bislang von der PH übernommen wurden, nur mit beträchtlichem Mehraufwand wieder möglich wäre. Auch würden die jetzige, so weit gut funktionierende Aufgabenteilung zwischen der PH und den Schulen wieder in Frage gestellt.
Für die FDP-Fraktion ist die Begründung des Regierungsrats schlüssig. Sie lehnt darum eine Überweisung des Postulats ebenfalls ab.

Wenn **Marc Scherrer** (Die Mitte) es richtig im Kopf hat, stehen sechs Vorstösse im Raum. Sie betreffen allesamt die FHNW respektive die PH. Der Redner kann vorweg sagen, dass die Mitte-Fraktion alle Vorstösse, auch die Motion, unterstützen wird – immer dann, wenn es darum geht, dass der Praxisbezug gestärkt werden soll. Wieso ist der Praxisbezug wichtig? Man hört immer wieder von Lehrpersonen, dass dieser Praxisbezug insbesondere an der FHNW in den letzten Jahren bei der Ausbildung der Lehrpersonen stark darunter gelitten hat, dass teils Lehrpersonen unterrichten, die gar keinen Praxisbezug haben.
An der letzten Bildungskommissionssitzung war Guido McCombie eingeladen – und er wurde mit dieser Frage konfrontiert. Er hat sinnbildlich für alles gesprochen gesagt, dass der Praxisbezug für ihn ein Top-Thema und ein grosses Problem ist. Er hat aber auch gesagt – das muss man fairerweise auch erwähnen –, dass verschiedene Massnahmen in Erarbeitung sind (wie es auch die Regierung in Aussicht gestellt hat). Man weiss beispielsweise, dass es für die Studierenden verschiedenste Phasen gibt, die sie durchlaufen; es gibt die Basisphasen, es gibt die Partnerschulmodelle, es gibt aber auch die Fokusphase. (Als Klammerbemerkung zur Fokusphase: Sie ist Thema eines Vorstosses, in dem es darum geht, dass sie nicht in zwei Wochen stattfinden sollen – sondern in drei Wochen, wie es eigentlich angedacht ist.) McCombie hat gesagt, dass man diese Thematik erkannt hat und daran arbeitet. Was das Thema der Dozierenden anbelangt, hat er gesagt, dass die Schlüssellösung dort eigentlich der Master für die Fachdidaktik wäre. Das ist ein Master, in dem Lehrpersonen, die einen grossen Praxisbezug haben, an der FHNW die Weiterbildung machen. In diesem Sinne ist der Praxisbezug gegeben. Er hat aber auch gesagt, dass das Problem der Rekrutierung besteht: dass man zu wenige Lehrpersonen findet, die den Master in der Fachdidaktik heute durchlaufen können. Auch hier gibt also ein gewisses Lehrermangelproblem.
Was damit gesagt werden soll: Das Parlament, die Lehrpersonen im Alltag, aber vor allem auch die FHNW, die hier im Lead ist, sind sich bewusst (allen voran Guido McCombie als Direktor der Pädagogischen Hochschule), dass das Thema zuoberst auf der Traktandenliste steht. Es wurden jetzt verschiedene Massnahmen ergriffen, um den gordischen Knoten zu lösen, aber er ist noch nicht gelöst.
Die Meinung der Mitte betreffend die weiteren Postulate respektive auch die Motion bezüglich EDK

lautet: Solange der gordische Knoten nicht gelöst ist, will man an diesen Vorstössen festhalten; sodass die Themen in die Bildungskommission gebracht werden können. Wenn der gordische Knoten dann gelöst und die Lösung auf dem Tisch ist, kann man die Vorstösse mit gutem Gewissen abschreiben – und mit gutem Gewissen sagen, dass die künftige Generation (nämlich alle Kinder, die in die Schule gehen) Personen vor sich haben, die wissen, von was sie reden – und den Kindern das Richtige und das Wichtige beibringen können. Der Redner hat jetzt für alle Vorstösse gesprochen – auf das Postulat bezogen heisst das, dass man es unterstützen wird.

Im Sinne der Effizienz sagt **Andrea Heger** (EVP) vorab einige Worte zum Gesamtpaket. Das Paket wurde eingereicht im Zusammenhang mit einer grossen Unzufriedenheit, die im letzten Sommer geherrscht hat. Es geht nicht alleine um das Belegungssystem, aber natürlich sind dort mehrere Dinge hochgekocht, mit denen man unzufrieden war. Es gibt ja auch die Vorstösse von Anita Biedert, die schon beraten respektive zurückgenommen wurden. Es macht durchaus Sinn, wenn man als Partei oder als Landrat mit diesen vielen Vorstössen mehr Druck aufsetzen will oder mit den Vorstössen in gewisse Richtungen zielt. Es ist aber in der Zwischenzeit schon ganz viel gelaufen, es wurde geprüft und berichtet, auf verschiedenste Arten mit den Leuten, die damals unzufrieden waren. Es gab auch den erwähnten Besuch in der BKSK, der gewisse Erklärungen gebracht hat. Es gab auch andere Vorstösse mit ähnlichen Zielen, die in der Zwischenzeit in der Kommission beraten werden konnten. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Anliegen teils zu operativ sind – und dort wird sie nicht zustimmen. Wenn es um eine Zielvorgabe und nicht um einen operativen Eingriff geht, wird sie überall dort zustimmen, wo es um die Förderung des Praxisbezugs geht; damit möglichst viele auszubildende Lehrpersonen Praxismöglichkeiten haben. Dort ist alles zu prüfen, was dieses Anliegen stützen kann.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) kann sich den Voten von Peter Riebli und Marc Scherrer anschliessen – der Praxisbezug ist sehr wichtig. Dennoch wird die GLP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulats stimmen. Das Thema ist bereits adressiert. Guido McCombie war in der Kommission und hat die Anliegen entgegen genommen. Er ist an der Arbeit. Darum macht es keinen Sinn bzw. es ist nicht effizient, wenn der Regierungsrat dem Landrat nochmals bestimmte Massnahmen vorlegen muss. Das muss er zusammen mit der Fachhochschule in Angriff nehmen.
Die Fraktion wird aber das kommende Postulat unterstützen. Die GLP entscheidet je nach Vorstoss anders.

Der PH-Direktor war wie gesagt letzte Woche in der Kommission und hat aufgezeigt, wo man an der Arbeit ist, führt Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) aus. In den 1990er Jahren war die Seminarausbildung der Lehrerinnen und Lehrern heftig umstritten. Aufgrund dieser Diskussionen wurde beschlossen, dass man diese Ausbildung in eine Hochschulausbildung überführen will – nicht zuletzt, um den Lehrberuf aufzuwerten. Jetzt plötzlich sind wieder andere Tendenzen da. Es heisst, es brauche viel mehr Praktika, viel mehr Einbezug in die Schulen usw. Das Rad soll wieder zurückgedreht werden. Der Direktor konnte gut aufzeigen, dass daran gearbeitet wird und der Praxisbezug verstärkt wird. Das Institut Kindergarten und Unterstufen etwa wird neu einführen, so hat die Rednerin es gehört, dass die Studierenden künftig einen Tag pro Woche fix in den Schulen sind. Auch das Partnerschulmodell, das noch nicht so lange besteht, wurde im Kanton Basel-Landschaft sehr intensiv aufgebaut – und es funktioniert gut.
Die PH hat auch eine neue Studienvariante eingeführt – sie heisst BachelorPlus / MasterPlus. Die Studierenden arbeiten 30 bis 50 % nebenher. Weil man natürlich nicht alles unter einen Hut bringen kann, dauert das Studium dann länger. Das Studienangebot ist aber überhaupt nicht attraktiv für die Studierenden, es funktioniert nicht. Es wurde jetzt sistiert, weil man einfach zu wenig Studierende hat. Denn: Es besteht heute ein Fachkräftemangel – und was machen die Studierenden? Sie gehen direkt an die Schule und studieren nebenbei. Die Bildungsdirektorin ist bei diesem riesi-

gen Fachkräftemangel natürlich froh, dass die Studierenden direkt in die Schule gehen. Wenn sie Schulbesuche unternimmt, unterhält sie sich auch mit Studierenden, die an den Schulen unterrichten, und fragt sie, wie sie das erleben. Eben erst hat ein junger Studierender, der an der PH Englisch und Informatik studiert, gesagt, es sei ganz toll – er könne jetzt direkt Erfahrungen sammeln. Er verdient voll (natürlich gemäss der Einstufung, bei der man als Studierender noch nicht das volle Lehrergehalt hat). Trotzdem hat er die volle Verantwortung in der Schule, studiert nebenher – und nimmt in Kauf, dass das Studium länger geht. Wenn man diese Möglichkeit heute hat und die Schulen froh sind, dass die Studierenden das machen, funktioniert die Studienvariante Bachelor-Plus / MasterPlus überhaupt nicht.
Die Schule und die PH sind auf einem guten Weg, um den Praxisbezug zu verstärken. Da muss man etwas Geduld haben, auch bei den einzelnen Instituten, wenn sie jetzt ihre Studienvarianten umstellen. Tatsache ist: Es ist noch kein Meister in einem Beruf vom Himmel gefallen. Dass man studieren und einen Beruf von Anfang mit voller Verantwortung ausüben kann, darf man in keinem Beruf erwarten. So muss man auch den jungen Lehrpersonen Zeit geben, sich einzuarbeiten. Alles in die kurze Zeit eines Bachelorstudiums, wie es das braucht für die Primarlehrerinnen- und Primarlehrer-Ausbildung, hineinzupacken, ist schlichtweg nicht möglich. Die PH würde gerne ein Masterstudium machen aus diesem Bachelorstudium, weil die Leute dann mehr Zeit hätten. Da wehrt sich die Rednerin wirklich dagegen, weil man dann andere junge Leute ansprechen würde. Es soll weiterhin so sein, dass man mit einer Fachmaturität ein Bachelorstudium machen und Primarlehrerin oder Primarlehrer werden kann. Insofern: Man kann nicht alles in diesem Bachelorstudium erreichen. Man muss sich auch bewusst sein, dass man sich eben Schritt für Schritt ins Berufsleben einarbeiten muss. Hier muss man den jungen Lehrpersonen Zeit geben. Dessen sind sich die Schulleitungen auch bewusst – und sie leisten entsprechend Unterstützung.
Der Regierungsrat hat in der Stellungnahme aufgezeigt, was bereits erreicht wurde. Der PH-Direktor hat in der Kommission aufgezeigt, was alles in Arbeit ist. Darum beantragt die Regierungsrätin weiterhin, das Postulat nicht zu überweisen.

− *Beschlussfassung*

://: Mit 48:20 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.